

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

-1-

Wie steht Ihre Partei zum Grundeinkommen gemäß den vier Kriterien* des Netzwerk Grundeinkommen?

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG hat schon einige ausführliche Diskussionen über ein Grundeinkommen und die vier genannten Kriterien geführt. Einer Initiative auf unserer Abstimmungsplattform "Plenum" zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Höhe von 1.200 €/Person wurde mehrheitlich zugestimmt.

-2-

Welche Ihrer Meinung nach mit der Einführung des Grundeinkommens verbundenen weiteren Reformen strebt Ihre Partei an?

Es wurde und wird vielfach über Varianten diskutiert, die zur Einführung des BGE führen oder dieses sinnvoll flankieren. Auch hierzu gibt es gesondert Initiativen, die das Grundeinkommen ergänzen können, aber auch für sich alleine stehen. So wird die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze sowohl bei der KV wie auch bei RV und die Einführung einer Mikrosteuer diskutiert. Darüber hinaus gibt es weitere Initiativen, die bereits abgestimmt und von uns im Bundestagswahlkampf vertreten werden, z. B.: für eine lückenlose Mietpreisbremse, Moderner bezahlbarer Wohnraum, Mindestlohn oberhalb der Armutsgrenze, Gerechtes Rentensystem (Solidarisches System, in das auch Selbstständige, Beamte und Politiker/innen einzahlen), Vermögensobergrenzen, Reform der Einkommenssteuer inklusive Grundsicherung, Hartz IV Sanktionen abschaffen.

-3-

Will und wie will Ihre Partei die Diskussion und die Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland befördern?

Bei DEMOKRATIE IN BEWEGUNG wird die Diskussion auf dem "Marktplatz der Ideen", der allen Bürger/innen offen steht, schon rege geführt und damit auch weiter in die politische Landschaft und in die Gesellschaft getragen. Wie oben erwähnt hat unsere Basis auf der "Plenumsplattform" bereits einem Initiativantrag zur Einführung des BGE zugestimmt. Dadurch ist dies zu einer zielgebenden Arbeitsgrundlage unserer Partei geworden. Wir werden das Thema BGE also immer wieder auf die Tagesordnung setzen, nicht nur intern sondern zu jeder Gelegenheit in der

öffentlichen Kommunikation. Wir werden dafür werben und es fordern. Dabei streben wir die Zusammenarbeit mit anderen Kräften und Organisationen an, mit denen uns eine ähnliche Zielsetzung verbindet.

-4-

Wie steht Ihre Partei zur Forderung, eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag einzurichten, in der Idee, Modelle und Einführungsstrategien eines Grundeinkommens diskutiert werden? Ist Ihre Partei bereit, Bürgerschaftsforen und -konvente anlässlich der Enquete-Kommission zum Grundeinkommen zu unterstützen, und somit eine breite Öffentlichkeit in die gesellschaftliche Diskussion über das Grundeinkommen einzubeziehen?

Generell fördert DEMOKRATIE IN BEWEGUNG die Diskussion über alle Themen, die unserem Ethikkodex entsprechen und ist daran interessiert, alle Diskussionen in möglichst großer Öffentlichkeit zu führen. Wir wollen eine zukunftsfähige Partei für alle sein. Das Grundeinkommen ist ein Thema, das alle Bürger/innen betrifft und daher auch von allen diskutiert werden soll. Wir würden die Forderung ganz klar unterstützen.

-5-

Wie stehen Sie zur Forderung, die Einführung des Grundeinkommens in Deutschland mit einem bundesweiten Volksentscheid zu verbinden? (Was natürlich voraussetzt, dass dieser möglich ist.)

Unsere Bewegter/innen und Mitglieder haben er Einführung eines Volksentscheids auf Bundesebene mehrheitlich zugestimmt. Folglich unterstützt DEMOKRATIE IN BEWEGUNG einen solchen Entscheid, sollte es dazu kommen. Gleichzeitig sehen wir die Risiken, die damit verbunden sind, und diskutieren intensiv mögliche Gestaltungsformen bzw. Systematiken der Durchführung, wie das Systemische Konsensieren. Der Ausgang der Abstimmung in der Schweiz hat gezeigt, wie schwierig es sein kann, Fortschritte zu erreichen und wie wichtig eine gründliche, ausführliche, öffentliche Diskussion, breitenwirksame Überzeugungsarbeit und die Auseinandersetzung mit Vorwänden und Einwänden ist.

-6-

Das Europäische Parlament hat sich in zwei Entschliefungen wie folgt zum Grundeinkommen in der EU geäußert:

Entschliefung des Europäischen Parlaments vom 9. Oktober 2008 zur Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU (2008/2034(INI)): Das Europäische Parlament „fordert die Kommission auf, die armutsbekämpfende Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens für alle zu prüfen.“

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039(INI)): Das Europäische Parlament „ist der Auffassung, dass die verschiedenen Erfahrungen mit Mindesteinkommen sowie mit dem bedingungslosen Grundeinkommen für alle, gepaart mit zusätzlichen Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung und zum sozialen Schutz, zeigen, dass es sich um wirksame Formen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und zur Gewährleistung eines Lebens in Würde für alle handelt; fordert daher die Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung anderer Erfahrungen in den Mitgliedstaaten auf den Weg zu bringen, die bewährte Verfahren berücksichtigen und anregen, und individuell verschiedenen Modelle des angemessenen Armut verhindernden Mindest- bzw. Grundeinkommens als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Bürger (...) bejahen.“ Das Europäische Parlament „fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden.“

6a

Welche Positionen nimmt Ihre Partei zu diesen Forderungen des Europäischen Parlaments ein?

Wir sehen in den Forderungen keinen Widerspruch zu unserer Zielsetzung. Leider scheint nach unserer Wahrnehmung die Forderung des EU-Parlaments bisher keine erkennbaren Ergebnisse gebracht zu haben, die diesbezüglich eine konkrete Änderung der Politik in absehbarer Zeit erwarten lässt. Deutschland sollte unserer Meinung nach mit gutem Beispiel vorangehen und eine aktive, progressive Rolle übernehmen. Unsere langfristige Vision ist jedoch eine förderale europäische Republik, in der ein übergeordnetes Thema wie das BGE ohnehin nur auf europäischer Ebene geregelt werden kann.

6b

Welche Aktivitäten haben Ihre Partei bzw. Ihre Abgeordneten zur Umsetzung dieser Forderungen unternommen?

Über Abgeordnete verfügen wir noch nicht, wir stellen uns in diesem Jahr erstmals zur Wahl. Derzeit können wir nur als außerparlamentarische Opposition das Thema intensiv diskutieren und, da wir wachsen, auch immer weiter in die Gesellschaft hineintragen. Dazu streben wir Bündnisse mit Gleichgesinnten an, um die Wirkung zu potenzieren. Bei unserer Auseinandersetzung mit der Thematik steht nicht die Frage ob, sondern wie die Einführung des BGE erfolgen soll im Mittelpunkt.

Schaffen wir den Sprung in die Parlamente, wird das Thema BGE sicher eines unserer Hauptanliegen sein, weil ein entsprechender Beschluss unserer Basis als Auftrag bereits vorliegt.

-7-

Das Grundeinkommen wird als Menschenrecht diskutiert, das, wie alle Menschenrechte, allen Menschen bedingungslos zusteht.

7a

Wie bewertet Ihre Partei ein weltweites Grundeinkommen für alle Menschen, dass die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe auf dem jeweiligen nationalen Niveau sichert?

Ein klares JA, ganz nach den 4 Kriterien. Menschenrechte sind universal.

Wenn wir das BGE für Deutschland richtig finden und als Menschenrecht ansehen, dann muss dies nach unseren Ethikgrundsätzen selbstverständlich für ausnahmslos alle Menschen gelten. Wie dies in anderen Ländern praktisch funktionieren könnte und welche Höhe ein BGE in den verschiedenen Ländern dieser Welt haben sollte, muss dann im Rahmen eines Entwicklungsprozesses geklärt werden.

Es wird nicht anders gehen, als dafür einen sinnvollen Stufenplan zu entwickeln und einen Schritt nach dem anderen zu gehen.

7b

Engagiert sich Ihre Partei für die Beförderung eines weltweiten Grundeinkommens?

Wenn ja, wie?

Momentan haben wir diesbezüglich keine konkreten Projekte initiiert, wir stehen als junge Partei noch am Anfang unserer Entwicklung. Perspektivisch können wir uns gut vorstellen, die BGE-Diskussion von Deutschland und Europa auf die gesamte Welt auszuweiten.

-8-

Unter dem Stichwort Digitalisierung deuten sich enorme Veränderungen in der Erwerbsarbeitswelt an.

8a

Welche erwerbsarbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen und Instrumente werden in Ihrer Partei diskutiert und welche konkreten politischen Maßnahmen erachtet Ihre Partei als notwendig, um diesen Wandel im Sinne der Bedürfnisse der Menschen zu gestalten?

Neben dem BGE diskutieren wir über Wege der Arbeitszeitverkürzung und alternative Arbeitszeitmodelle sowie die sinnvolle Beschränkung und Regelung der Leiharbeit.

Darüber hinaus wird über eine Reform der Mehrwertsteuer, der Vermögensbegrenzung und -umverteilung, über die Erbschaftssteuer sowie Vermögenssteuer, über einen erhöhten gesetzlichen Mindestlohn (12 Euro), eine Verringerung der Lohnspreizung auch durch Vergütungsobergrenzen, die Vereinheitlichung in der Besteuerung unabhängig von Einkommensarten (Kapitalerträge wie Lohnarbeit), die Entkopplung der Sozialabgaben von der Lohnarbeit, eine gerechte Rentenversorgung und die Abschaffung der Hartz IV Sanktionen diskutiert oder es liegen bereits Beschlüsse dazu vor. Wir haben Initiativen, um Wohnraum bezahlbar zu machen, Alleinerziehende und die Rechte von Kindern zu stärken und Berufe/Tätigkeiten aufzuwerten, die als Dienst an der Gesellschaft besonders wertvoll sind. Viele dieser Punkte sind auch bereits in unsere Forderungen zur Bundestagswahl 2017 eingeflossen.

8b

Welche Rolle könnte in dieser Hinsicht aus der Sicht Ihrer Partei das bedingungslose Grundeinkommen spielen?

Das BGE kann dabei eine herausragende, zentrale Rolle spielen. Wenn die Digitalisierung unsere Arbeitswelt auf den Kopf stellt und unter anderem dafür sorgt, dass heute übliche Arbeitsplätze wegbrechen, kann neben einer Neuregelung der Verteilung und Bewertung von Arbeit und der fairen Gestaltung von Arbeitsverhältnissen das BGE eine entscheidende Säule künftiger Gesellschaftsentwürfe sein.

-9-

Die bestehenden Grundsicherungssysteme sind in der Kritik.

9a

Welche Änderungen bzw. Anpassungen (Höhe, Sanktions- und Repressionsfreiheit, Individualisierung der Leistung etc.) an bestehenden Grundsicherungen (SGB II / SGB XII) plant Ihre Partei?

Wir haben einen Basisbeschluss zur Abschaffung der Hartz IV Sanktionen bereits gefasst.

In unseren Diskussionen und Beschlüssen zur Rentenreform, zur Erhöhung der Hartz IV Sätze und zu einem höheren Mindestlohn, stehen zunächst die Menschen im Fokus, die am ehesten auf die Solidargesellschaft angewiesen sind wie Alleinerziehende, Menschen in der Grundsicherung, usw. Dabei gehen wir davon aus, dass dies Zwischenschritte hin zu einem BGE sein sollten, welches dann die heute sehr unterschiedlichen und lückenhaften Sicherungssysteme ganz oder teilweise ablöst.

9b

Wie steht Ihre Partei zur Auffassung des ehemaligen Leiters der Sektion Zwangsarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), dass der Sanktionsparagraf des SGB II (bekannt als Hartz IV) in Bezug auf Aufnahme einer Lohnarbeit ein völkerrechtswidriger Verstoß gegen das Verbot von Zwangsarbeit ist? Dazu (https://www.boeckler.de/pdf_fof/96400.pdf)

Mit dieser Auffassung haben wir uns in der Partei noch nicht explizit auseinandergesetzt.

-10-

Welche konkreten Maßnahmen sieht Ihre Partei als notwendig an, um Kinder- und Altersarmut zu beseitigen?

10a

Sieht Ihre Partei mit einer ausreichenden Grundrente für alle eine Chance, Armut im Alter abzuschaffen?

Ja.

10b

Sieht Ihre Partei mit einem jedem Kind zustehenden, ausreichenden Grundeinkommen eine Chance, Kinderarmut abzuschaffen?

Ja, aber nicht nur. Ausreichend Kita-Plätze, Ganztagschulen, kostenloses, hochwertiges Schulesen, die Senkung der Mehrwertsteuer auf Kinderbekleidung und ähnliche Maßnahmen, die sich an den Bedürfnissen von Kindern orientieren, sind ebenso in ein Konzept gegen Kinderarmut einzubeziehen.

-11-

Welche konkreten Vorschläge unterbreitet Ihre Partei, um den Menschen mehr finanziell abgesicherte Selbstbestimmung über ihre Erwerbsarbeits- und Lebenszeit zu ermöglichen, zum Beispiel durch eine steuerfinanzierte Absicherung einer Auszeit?

Hier befinden wir uns noch in der Meinungsbildung und diskutieren Möglichkeiten, wie ein Recht auf Teilzeit ohne Teilzeitfalle, Arbeitszeitkontenmodelle und andere Ideen.

-12-

Das Grundeinkommen hat in den meisten Modellen, neben Armutsprävention und angestrebter selbstbestimmter Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit anderen Formen

menschlicher Tätigkeit (Care-Arbeit, am Gemeinwesen orientierte Tätigkeit, bürgerschaftliches Engagement), auch eine verteilungspolitische Funktion. Sieht Ihre Partei in verteilungspolitischer Hinsicht Handlungsbedarf und welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei diesbezüglich vor?

In dieser Hinsicht sehen wir großen Handlungsbedarf, gerade auch im Sinne unserer nicht verhandelbaren Grundsätze. In den vorhergehenden Antworten sind wir bereits mehrfach darauf eingegangen und haben unseren Standpunkt deutlich gemacht. Wir wollen uns an dieser Stelle nicht wiederholen.

*)

DIE VIER KRITERIEN DES NETZWERK GRUNDEINKOMMEN:

Erstes Kriterium - Individuell garantiert

Auf das Grundeinkommen haben alle Menschen einen individuellen Rechtsanspruch, unabhängig davon, ob sie allein oder mit anderen leben, ob sie verheiratet sind oder nicht.

Zweites Kriterium – Ohne Bedürftigkeitsprüfung

Jeder Mensch hat Anspruch auf das Grundeinkommen, unabhängig von Einkommen und Vermögen.

Drittes Kriterium – Ohne Zwang zur Arbeit / Ohne Gegenleistung

Das Grundeinkommen ist auch unabhängig davon, ob man für Geld arbeitet oder bereit ist, es zu tun. Es wird keinerlei Gegenleistung verlangt.

Viertes Kriterium – Existenz- und teilhabesichernd

Die Höhe des Grundeinkommens sichert die Existenz und ermöglicht die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Niemand muss Angst vor Armut haben.